

Wir in Mitte.

Ausgabe
September
2026



Magazin der CDU für den Bezirk Mitte

BERLIN-WAHL
2026



EINE
RICHTUNGSENTSCHEIDUNG



ZUKUNFT



SICHERHEIT



ORDNUNG



CHANCEN

ZUKUNFT

STILLSTAND



ENTEIGNUNG



ANTISEMITISMUS

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Mitte,



Sven Rissmann, MdA

sammlung Mitte von Berlin.

Ich darf mich vor diesem Hintergrund mit zwei Bitten an Sie wenden:

Zum einen darf ich Sie bitten, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und damit unsere Demokratie zu unterstützen.

Zum anderen würde ich mich freuen, wenn Sie dabei nicht den extremistischen Kräften von links oder rechts Ihre Stimme geben, sondern die CDU als tragende Kraft der Mitte unterstützen und uns Ihr Vertrauen schenken.

am 20. September entscheiden Sie über die politische Zukunft unserer Stadt und unseres Bezirks im Rahmen der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und der Bezirksverordnetenversammlung

Bitte bedenken Sie bei Ihrer Wahlentscheidung: Allen Umfragen zu Folge steht Berlin vor der Wahl, ob unsere Stadt zukünftig von einer Regierenden Bürgermeisterin der Linken oder von einem Regierenden Bürgermeister der CDU repräsentiert wird.

Wenn Sie – wie ich – nicht wollen, dass unsere Stadt von einer Partei regiert wird, die enteignen will, aus der Partei der Deutschen Teilung SED erwachsen ist und der es an jeder durchgehenden klaren Haltung zum Thema Antisemitismus fehlt, dann müssen Sie CDU wählen.

Jede Stimme, die aus – auch nachvollziehbarer – Verärgerung, Enttäuschung oder Verunsicherung an die AfD geht, führt im Ergebnis zu einer links-grünen Regierung. Stattdessen stehen die CDU und unsere Kandidatinnen und Kandidaten klar für:

Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum statt gescheiterter Sozialexperimente und einer Kultur des Wegschauens. Mit uns gibt es mehr Polizei und eine konsequente Durchsetzung von Recht und Ordnung.

Impressum

Magazin der CDU für den Bezirk Mitte

V.i.S.d.P: Carsten Spallek, stellv. Kreisvorsitzender

CDU Mitte, Triftstraße 41, 13353 Berlin

Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de

www.cdumitte.de

<https://www.facebook.com/cdumitte>

Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung der CDU Mitte gestattet.

Die abgedruckten Bilder unterliegen entweder einer CC-Lizenz, sind privat zur Verwendung freigegeben worden, von Adobe Stock lizenziert oder KI-Unterstützung (ChatGPT) generiert (Titelbild).

Autoren dieser Ausgabe: Sven Fervers (SF), Benjamin Fritz (BF), Daniela Fritz (DF), Olaf Lemke (OL),

Sven Rissmann (SR), Lucas Schaal (LS), Sylvia Schattschneider (SyS), Kay Schink (KS), Carsten Spallek (CS)

Freie und sichere Fahrt für alle in Berlin statt Verkehrschaos und Stau. Mit uns gibt es keine Politik gegen das Auto. Mit uns gibt es keine Poller und keinen weiteren Wegfall von Parkplätzen und keine unangebrachte Parkraumbewirtschaftung. Mit uns gibt es eine vernünftige Politik, die Radfahren genauso ermöglicht und die Sicherheit auch der Fußgänger im Blick hat.



Gute Bildung in modernen und sauberen Schulen. Wir stehen gegen das Gendern und immer neue linke Bildungsexperimente an unseren Schulen.

Wir stehen für eine Politik der Mitte und der Vernunft statt für grüne Ideologie oder Extremismus, egal welcher Färbung.

Mit uns wird gebaut, damit es mehr und bezahlbaren Wohnraum gibt. Mit uns gibt es keine Enteignungen, weil sie keine Wohnung mehr schaffen, sondern dringend benötigte Investitionen abwürgen.

Wir bitten Sie um Ihr Vertrauen. Vielen Dank.

Mit den besten Grüßen

Ihr Sven Rissmann

Kreisvorsitzender
CDU-Mitte



Weitere Informationen zu unseren Kandidatinnen und Kandidaten finden Sie zum Beispiel unter:

www.cdumitte.de
oder bei Instagram
[cdu.berlin.mitte](https://www.instagram.com/cdu.berlin.mitte)

Zusammen für einen liebenswerten Wedding

In den letzten fünf Jahren hat sich der direkt gewählte Weddinger Abgeordnete Sven Rissmann (Kandidat für die Abgeordnetenhauswahl 2026 im Wahlkreis Mitte 5, Schillerpark, Rehberge) gemeinsam mit der Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Daniela Fritz (Direktkandidatin für den Wahlkreis Mitte 7, Humboldthain, Nettelbeckplatz) auf Landes- und kommunaler Ebene für einen lebens- und liebenswerten Wedding eingesetzt.

Sie fordern unter anderem eine konsequente Verfolgung und Ahndung von illegalen Sperrmüllablagerungen wie am Dohnagestell, eine bessere Ausleuchtung kriminalitätsbelasteter Plätze im öffentlichen Raum sowie die

Installierung einer mobilen Polizeiwache am Leopoldplatz.

Leider ist die Schwerpunktsetzung des (noch) grün geführten Bezirksamtes eine andere. Statt „Recht und Ordnung“ herrscht beispielsweise am Leopoldplatz weiterhin Kriminalität und Verwahrlosung. Die Anwohner und Gewerbetreibenden fühlen sich nicht mehr sicher in ihrem Kiez.

Hinzu kommt eine rein ideologiegetriebene Verkehrspolitik, die unnötige Fahrradstraßen und Poller zur Folge hat, wie beispielsweise in der Ungarnstraße, im Charles-Corcelle-Ring, der Togostraße oder auch in der Triftstraße.

Das muss sich endlich ändern! Daher: am 20. September auch im Wedding alle Stimmen für die CDU! (DF)



Sven Rissmann und Daniela Fritz vor dem gemeinsamen Wahlplakat

Sportpolitischer Empfang der CDU Mitte

Am 5. September 2026 fand der alljährliche Sportpolitische Empfang der CDU Mitte statt. Die Sportvereine aus dem Bezirk Mitte waren zum geselligen Austausch bei einem leckeren Grillbüfett und kühlen Getränken auf dem Gelände des SC Wedding am Plötzensee eingeladen.

Gerade im Bereich des Sports ist das Ehrenamt von großer Bedeutung. Die zahlreichen Trainerinnen und Trainer ermöglichen mit ihrem unermüdlichen Engagement ein erfolgreiches Vereinsleben. Daher hat der CDU Kreisverband Berlin-Mitte die Gelegenheit genutzt, sich einmal mehr bei ihnen für ihren Einsatz zu bedanken.

Neben den zahlreichen Mandats- und Funktionsträgern der CDU Mitte war auch in diesem Jahr wieder der sportpolitische Sprecher der CDU Berlin, Stephan Standfuß, auf dem sportpolitischen Empfang zu Gast, um sich mit den Vertretern der Sportvereine und den Mitgliedern der CDU Mitte zu aktuellen Themen auszutauschen.

Schwerpunkt der Gespräche war natürlich die Sportpoli-

tik. Hier ist die CDU seit Jahren verlässlicher Partner der Sportvereine. Denn Vereinssport ist weit mehr als Bewegung und Freizeit – er hat eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion.

Darüber hinaus wurden aktuelle Themen im Vorfeld der Berlin-Wahl diskutiert. Kritisch wurde insbesondere die Verkehrspolitik der Grünen betrachtet, die mit immer neuen Einschränkungen die Arbeit der Ehrenamtlichen – gerade auch im Sportbereich – erschwert.

Auch die wiederholten politischen Entgleisungen und unsäglich antisemitischen Parolen waren Gegenstand der Gespräche. Gerade in Berlin braucht es eine klare Haltung gegen Antisemitismus, Intoleranz und jede Form von politischer Hetze.

Der sportpolitische Empfang hat damit erneut gezeigt: Die CDU Mitte steht an der Seite der Sportvereine und der vielen Menschen, die sich tagtäglich ehrenamtlich engagieren. Und mit Blick auf die Berlin-Wahl war für viele klar: Nur mit der CDU hat der Sport in Berlin eine sichere, verlässliche und zukunftsorientierte Perspektive. (SyS)



Sven Rissmann: Wedding im Herzen, Berlin im Blick

Sven Rissmann, direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Rehberge/Schillerpark, kämpft dafür, auch nach dem 20. September die Anliegen des Weddings und seiner Bewohnerinnen und Bewohner im Abgeordnetenhaus von Berlin zu vertreten.

Seine Arbeit steht unter dem Motto „Raus zu den Menschen“.

Bei Infoständen, Haustürwahlkampf, Bürgersprechstunden und zahlreichen Gesprächen im Kiez sucht Sven Rissmann den direkten Austausch. Entscheidend ist, was die Menschen vor Ort bewegt.

Sven Rissmann und die CDU stehen für eine Politik, die sich an den tatsächlichen Problemen der Menschen orientiert und Lösungen liefert.

Er setzt sich ein für:

Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum statt gescheiterter Sozialexperimente und einer Kultur des Wegschauens durch mehr Polizei und eine konsequente Durchsetzung des Rechts;

Freie und sichere Fahrt für alle statt Verkehrschaos und Stau - keine Politik gegen das Auto, keine Poller, kein weiterer Wegfall von Parkplätzen und keine unangebrachte Parkraumbewirtschaftung;

Gute Bildung in modernen und sauberen Schulen - gegen das Gendern und immer neue linke Bildungsexperimente;

Bezahlbares Wohnen – Förderung des Neubaus und Verbesserung bestehender Schutzmechanismen statt Enteignungen.

Nur durch sichere Straßen und Plätze, funktionierende Behörden, wirtschaftliche Chancen und ein starkes Miteinander bleibt unser Kiez lebens- und liebenswert.

Dafür will Sven Rissmann weiter anpacken und Verantwortung übernehmen. Gemeinsam für einen starken Wedding.

Das gibt es nur mit Sven Rissmann und der CDU!

(BF)



Antisemitismus – die Linke grenzt sich nicht klar ab

Der jüngste Vorfall an einer Neuköllner Schule zeigt erneut, wie dringend eine klare Haltung gegen Antisemitismus und politische Gewaltverherrlichung ist. Am Rande einer Podiumsdiskussion verteilte die Linksjugend Sticker mit palästinensischer Flagge, Kalaschnikow-Motiv, Sowjetstern und dem Aufruf zum „Klassenkampf“ an Schülerinnen und Schüler.

Besonders besorgniserregend ist der Zusammenhang mit dem jüngsten Auftritt des Rappers Dahabflex bei einer Wahlkampfveranstaltung der Neuköllner Linken. Dort wurde unter anderem „Yalla Yalla Intifada“ und „Death to the IDF“ skandiert. Zwar distanzierten sich die Spitzenkandidatin Elif Eralp und Landeschefin Kerstin Wolter anschließend von dem Auftritt. Gleichzeitig erklärte sich die LAG Palästinasolidarität der Berliner Linken ausdrücklich mit Dahabflex und dem Neuköllner Bezirksverband solidarisch und bezeichnete die öffentliche Kritik als „Hetzkampagne“.

Damit wird ein grundlegendes Problem der Berliner Linken sichtbar: Es reicht

nicht, sich nach einem Eklat zu distanzieren, wenn gleichzeitig einflussreiche Teile der eigenen Partei die Kritik zurückweisen und die Betroffenen verteidigen. Wer antisemitische oder terrorverherrlichende Aussagen duldet oder relativiert, beschädigt das Vertrauen in die demokratische Kultur unserer Stadt.



Stefan Evers auf einer Demonstration gegen linken Antisemitismus

Für die CDU ist klar: Antisemitismus und Judenhass haben keinen Platz in Berlin. Wir stellen uns antisemitischen, gewaltverherrlichenden und demokratiefeindlichen Tendenzen entschieden entgegen – unabhängig davon, aus welchem politischen Lager sie kommen.

Wer Regierungsverantwortung übernehmen will, muss hier unmissverständlich handeln. Solange die Berliner Linke antisemitischen Tendenzen in den eigenen Reihen nicht konsequent entgegentritt und

notwendige Konsequenzen ausbleiben, fehlt ihr die notwendige politische Klarheit. Eine Partei, die dieses Problem nicht glaubwürdig lösen kann, ist nicht wählbar. (CS)

Weddingplatz – Poller dürfen nicht wichtiger sein als Menschen

Nicht genug, dass im Zuge der Neugestaltung des Weddingplatzes zahlreiche Parkplätze weggefallen sind. Es wurde auch die dort ansässige Kirchengemeinde vergessen. Durch die im Zuge der Umgestaltung aufgestellten Poller ist die direkte Zufahrt zur Kirche der Gemeinde Mor Izozol nicht mehr ausreichend

Zuwegung zur Kirche gefordert. Für uns ist klar: Die berechtigten Interessen von Fußgängern und der Aufenthaltsqualität müssen mit der notwendigen Erreichbarkeit des Platzes in Einklang gebracht werden. Eine Umgestaltung darf nicht dazu führen, dass Kirchen, Dienstleister oder andere Anlieger ihre notwendigen Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen können.

Auch für Rettungs- und Einsatzfahrzeuge muss jederzeit eine ausreichende Erreichbarkeit sichergestellt sein. Das Bezirksamt selbst hatte bei der Planung die Verbesserung der Wegebeziehungen als Ziel formuliert, dabei aber offenbar nur eine grün-ideologische Anti-Auto-Politik verfolgt und direkt in Form steinerner Poller-Quader manifestiert.

Unser Grundsatz ist einfach: Öffentlicher Raum muss für die Menschen da sein – und nicht die Menschen für Poller. (OL)



gewährleistet. Besonders deutlich wird das bei Trauerfeiern: Leichenwagen können nicht mehr unmittelbar an der Kirche halten. Für Angehörige, die einen Verstorbenen verabschieden, ist das nicht nur unpraktisch, sondern schlicht ein untragbarer Zustand.

Die CDU-Fraktion Mitte hat deshalb mit mehreren Anträgen eine verlässliche



Die Fischerpinte muss bleiben!

CDU für Gastronomie und Bootsverleih am Plötzensee

Die Fischerpinte am Plötzensee ist mehr als ein kleines Lokal am Wasser. Sie ist ein Stück Weddinger Geschichte, ein beliebter Treffpunkt für Familien, Spaziergänger, Badegäste und Ausflügler und für viele Menschen untrennbar mit dem Plötzensee verbunden. Nach dem Tod des langjährigen Betreibers ist die Zukunft der Fischerpinte jedoch ungewiss. Dabei hatte das Bezirksamt zuletzt eine andere Richtung eingeschlagen: Statt einer Fortführung des bisherigen Betriebs mit Gastronomie und Bootsverleih wurde eine nicht-kommerzielle Nutzung in Aussicht gestellt. Einen kommerziellen Bootsverleih schloss Bezirksstadtrat Christopher Schriner (Grüne) ausdrücklich aus.



Gemeinsam mit dem direkt gewählten Weddinger Abgeordneten, Sven Rissmann, MdA, hält die CDU-Fraktion Mitte dagegen.

Auf Initiative der CDU hat die Bezirksverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung mehrheitlich beschlossen, die Fischerpinte in ihrer bisherigen Form mit Gastronomie und Bootsverleih zu erhalten. Damit ist klar: Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter des Bezirks

wollen, dass dieser traditionsreiche Ort nicht einfach verschwindet.

Für uns ist das eine Frage von Bürgernähe und gesundem Menschenverstand. Die Fischerpinte hat über Jahrzehnte gezeigt, dass Gastronomie, Freizeit, Erholung und Naturschutz miteinander vereinbar sein können. Gerade die dauerhafte Präsenz vor Ort kann dazu beitragen, dass der Uferbereich aufmerksam genutzt und besser im Blick behalten wird.

Die Fischerpinte gehört zum Wedding. Die Menschen wollen, dass sie bleibt – und zwar nicht nur als Aussichtspunkt, sondern mit dem, was diesen Ort seit Jahrzehnten ausmacht: Gastronomie und Bootsverleih.

Die CDU wird deshalb weiter darauf drängen, dass der BVV-Beschluss nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern umgesetzt wird. Das Bezirksamt muss alle rechtlich möglichen Wege ausschöpfen, um eine tragfähige Lösung zu ermöglichen.

Die Botschaft der CDU ist klar: Die Fischerpinte muss bleiben – als Gastronomie- und Freizeitort mit Bootsverleih.

(OL)

Kleiner Tiergarten: Sicherheit und Menschlichkeit zusammen denken

Am 26. August 2026 kamen Anwohnerinnen und Anwohner im Moabiter Kleinen Tiergarten zu einem Gespräch über die aktuelle Situation im Park zusammen.

Zu Gast war Burkard Dregger, Innen- und Sicherheitsexperte der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Gemeinsam mit Sylvia Ganz, Direktkandidatin für den Wahlkreis 3 in Mitte, und

Sven Fervers, Direktkandidat für den Wahlkreis 4 in Mitte, nahm er sich Zeit für die Anliegen und Sorgen der Nachbarschaft.

Dabei wurde deutlich: Viele Menschen erleben die Situation im Kleinen Tiergarten zunehmend als belastend. Die wahrgenommene Kriminalität und Unsicherheit haben zugenommen. Für die Anwohnerinnen und Anwohner steht deshalb fest: So, wie es derzeit ist, kann es nicht weitergehen. Der Wunsch nach mehr sichtbarer Polizeipräsenz und einem konsequenten Vorgehen gegen Kriminalität ist groß.

Gleichzeitig braucht es einen menschlichen und sozialen Blick auf die Situation. Suchtkranke Menschen dürfen nicht pauschal kriminalisiert werden. Wer krank ist, braucht Hilfe, Unterstützung und eine Perspektive. Das entspricht unserem Verständnis christlicher Soziallehre: Gerade den Schwächsten in unserer Gesellschaft muss geholfen werden.

Deshalb gehören für uns Sicherheit und

Hilfe zusammen: mehr Polizei vor Ort, bessere und erreichbare Angebote der Suchthilfe sowie ein Ausbau von Drogenkonsumräumen an geeigneten Standorten. Gleichzeitig wollen wir verhindern, dass weitere Suchträume in unseren Parkanlagen entstehen.

Der Kleine Tiergarten soll wieder ein sicherer und lebenswerter Ort für alle sein – für Anwohnerinnen und Anwohner, Familien und Kinder ebenso wie für Menschen, die Unterstützung benötigen. Unser Ziel ist klar:

Sicherheit und Menschlichkeit zusammen denken und vor Ort konkret handeln. (SF)



Koppenplatz: CDU fordert Augenmaß und Beteiligung der Betroffenen statt vollendeter Tatsachen

Am Koppenplatz soll die bisherige Nutzung des öffentlichen Straßenraums weiter eingeschränkt werden. Die CDU-Fraktion Mitte sieht die geplante Teileinziehung kritisch und fordert vom Bezirksamt, die Maßnahme zunächst auszusetzen und ihre Auswirkungen umfassend zu prüfen.

Denn bevor dauerhaft in die Nutzung des öffentlichen Straßenraums eingegriffen wird, müssen die Menschen vor Ort gehört werden. Wurden Anwohner, Gewerbetreibende, Eigentümer und weitere unmittelbar Betroffene tatsächlich angemessen beteiligt? Welche Bedenken wurden vorgetragen – und sind diese in die Entscheidung eingeflossen? Auch die Perspektive von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten sowie des benachbarten St. Hedwig-Krankenhauses muss berücksichtigt werden.

„Verkehrspolitik darf nicht am Schreibtisch gemacht werden. Gerade bei einem dicht bebauten Kiez wie rund um den Koppenplatz müssen Erreichbarkeit,

Lieferverkehr, Anwohnerinteressen und die Belange von Rettungsdiensten zusammengedacht werden“, so die Vorsitzende der CDU-Fraktion Mitte, Daniela Fritz. Sie führt weiter aus: „Wir wollen deshalb wissen, welche Alternativen zur dauerhaften Teileinziehung geprüft wurden. Denkbar wären beispielsweise zeitlich oder räumlich begrenzte Rege-

lungen oder gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. Auch die Auswirkungen auf die angrenzenden Straßen und den gesamten Kiez müssen untersucht werden.“

Für die CDU ist klar: Verkehrssicherheit und insbesondere die Sicherheit von Schulwegen haben höchste Bedeutung. Deshalb soll das Bezirksamt zugleich gemeinsam

mit der Polizei verstärkt Verkehrskontrollen vor Ort durchführen.

Die CDU-Fraktion Mitte steht für eine Verkehrspolitik mit Augenmaß: Keine dauerhaften Einschränkungen ohne transparente Abwägung, echte Beteiligung und eine nachvollziehbare Prüfung der Alternativen. (OL)



Der Aufzug kommt! Durchbruch für barrierefreien U-Bhf. Heinrich-Heine-Straße

Gute Nachrichten für das Heinrich-Heine-Viertel: Der U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße wird barrierefrei.

Nach langen Jahren der Planung, Genehmigungsverfahren und hartnäckigem politischen Einsatz steht nun fest: Der Aufzug kommt. Die Bauarbeiten sind ausgeschrieben und starten im vierten Quartal 2026.

„Ich bin wirklich sehr zufrieden. Seit 2023 habe ich als Abgeordneter im Verkehrsausschuss dafür gekämpft, dass wir hier endlich vorankommen. Es war ein langer, schwieriger Weg – aber jetzt kann ich mein Versprechen einlösen: Unser U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße wird barrierefrei. Der Aufzug kommt!“, freut sich Lucas Schaal, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Das Projekt hat eine lange Vorgeschichte: Seit 2015 – also seit elf Jahren – wird der barrierefreie Ausbau des Bahnhofs gefordert.

Dass es so lange dauerte, lag an echten bautechnischen Herausforderungen: Eine Tunnelsanierung, die seit Juli 2024 läuft, musste zunächst den Kreuzungsbereich für den neuen Mittelstreifen vorbereiten. Dazu mussten Dutzende Leitungen für Wasser, Wärme, Strom und IT koordiniert werden.

Der Aufzug entsteht auf einem neu angelegten Mittelstreifen der Heinrich-Heine-Straße und verbindet Straßen- und Bahnsteigebene direkt miteinander.

Eine barrierefreie Ampelquerung sichert den Zugang für alle Fahrgäste, auch mit Rollator, Rollstuhl oder Kinderwagen. Gleichzeitig wird der Bahnhof grundlegend instandgesetzt:

neue Fliesen, erneuerte Zugänge an der Köpenicker Straße und der Heinrich-Heine-Straße / Schmidstraße, denkmalgerechte Aufwertung des Bahnhofsgebäudes – und neue Radwege entstehen beidseitig der Straße. (LS)



Die Friedrichstraße – Eine Warnung vor grünen Experimenten

Die Friedrichstraße steht wie keine andere Straße in Berlin so deutlich für das Scheitern grüner Verkehrsexperimente. 2020 sperrten die Grünen die traditionsreiche Einkaufsmeile für den Autoverkehr mit Pollern und Sitzbänken ab. Selbst eine erfolgreiche Klage der Gewerbetreibenden und massiver Protest der Anwohner konnte die damalige grüne Verkehrs-senatorin Bettina Jarrasch nicht von ihrem sturen Festhalten an der Sperrung abbringen.

Die Wähler fanden darauf 2023 eine deutliche Antwort und der neue Senat unter Führung der CDU öffnete die Friedrichstraße wieder für den allgemeinen Verkehr.

Doch das Experiment blieb nicht folgenlos:

Übrig blieben leere Schaufenster, geschlossene Läden, Gewerbetreibende in Not und eine Straße, die an Urbanität und Flair verloren hatte. Das Flaggschiff Galeries Lafayette zog die Konsequenzen aus dem Niedergang und

schloss seinen Standort für immer. Die direkten Folgen sind bis heute sichtbar und mühsam arbeitet der Senat daran, die Straße wirtschaftlich wiederzubeleben.

„Wir werden einen geförderten Business Improvement District in der Friedrichstraße einrichten, um gemeinsam mit den Gewerbetreibenden und Anwohnern unsere Friedrichstraße als lebendige Einkaufs- und Flaniermeile zu erneuern“, so Lucas Schaal, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Damit grüne Poller-Experimente wie in der Friedrichstraße nicht auch andere Straßen in Berlin so hart treffen, plant der Senat nun auch neue und strengere Vorgaben für Straßensperrungen durch die Bezirke. Einheitliche Vorgaben sollen den Wildwuchs der Poller beenden, der zu oft auch Rettungswege von Feuerwehr und Polizei behindert.

(LS)



Die verödete Friedrichstraße nach der Schließung durch die Grünen

Tag der Currywurst im Wahlkreis 7

Der 4. September ist in Deutschland „Tag der Currywurst“. Was passt da besser, als mit unserem Generalsekretär (komm.) der CDU Berlin im Wahlkreis 7 an der Curry Baude eine der besten Currywürste der Stadt zu essen? Denn „ohne Mampf keinen Kampf“ - es sind nur noch 16 Tage bis zur Wahl!

Gemeinsam haben die Direktkandidatin im Wahlkreis 7, Nettelbeckplatz, Humboldtthain, Daniela Fritz, und Lukas Krieger nicht nur die Weddinger Currywurst genossen, sondern standen auch den Bürgerinnen und Bürgern im Gesundbrunnen für einen offenen Austausch zur Verfügung. Die zahlreichen Wahlkampfshelfer haben sie tatkräftig dabei unterstützt, die Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, dass Berlin auch weiterhin nur mit der CDU funktionieren kann. (DF)



Neuer spanisch-deutscher SESB-Zug an der Carl-Bolle-Grundschule ab dem Schuljahr 2027/28

Ab dem Schuljahr 2027/28 wird die Carl-Bolle-Grundschule in Berlin-Mitte einen zweisprachigen Zweig der Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) mit den Partnersprachen Deutsch und Spanisch anbieten.

Der neue SESB-Zug ermöglicht Schülerinnen und Schülern, eine zweisprachige Ausbildung mit vertieftem interkulturellem Lernen zu durchlaufen. Besonders profitieren können davon Kinder aus dem Einzugsgebiet der Schule, die Interesse an einer zweisprachigen Bildung haben, Familien mit spanischer Familiensprache, die im Umfeld der Schule leben, Schülerinnen und Schüler aus anderen Berliner Bezirken, die von diesem überregionalen Angebot angezogen werden.

Für die Einrichtung des SESB-Zuges war der Bezirksstadtrat für Schule und Sport, Benjamin Fritz (CDU), zuständig. Diese wurde in enger Abstimmung mit der Schulleitung, der Schulaufsicht, der zuständigen Senatorin und Staatssekretärin vorbereitet.

Benjamin Fritz: „Die Einführung des SESB-Zuges Spanisch an der Carl-Bolle-Grundschule macht die Schule nicht nur attraktiver, sondern wird auch den interkulturellen Austausch durch Projekte, Aktivitäten und den Kontakt zwischen Kindern aus verschiedenen Stadtteilen fördern.“

(BF)

Sicherheit, Freiheit und Zusammenhalt - LSU unterstützt die CDU

Der Anschlag auf den Berliner CSD hat schmerzhaft gezeigt, dass Freiheit und Sicherheit für queere Menschen noch immer keine Selbstverständlichkeit sind. Auch die jüngsten Angriffe auf den Gedenkort im Tiergarten sind ein bedrückendes und alarmierendes Zeichen:

Zunächst wurde die Regenbogen-Gedenkbank, die an die Opfer des Anschlags erinnern und ein Zeichen der Solidarität mit der queeren Community setzen sollte, massiv zerstört. Nun wurde auch der erst vor wenigen Wochen gepflanzte Gedenkbaum aus dem Boden gerissen und samt Schutzgitter erheblich beschädigt. Der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamtes ermittelt.

Dass ausgerechnet ein Ort des Gedenkens und der Solidarität wiederholt Ziel von Zerstörung wird, macht deutlich: Sichtbarkeit, Vielfalt und queeres Leben dürfen nicht dem Hass und der Einschüchterung weichen.

Für uns als LSU Mitte ist deshalb klar: Unsere Sichtbarkeit lassen wir uns nicht nehmen! Die Gedenkbank muss wieder aufgebaut und auch der Gedenkbaum ersetzt werden. Wir dürfen den öffentlichen Raum nicht denjenigen überlassen, die mit Hass und

Zerstörung einschüchtern wollen.

Für uns als LSU Mitte ist klar: Auch queere Menschen sollen in Berlin ganz selbstverständlich frei und sicher leben können. Dafür braucht es einen starken Rechtsstaat, der konsequent

gegen Islamismus und andere politische Extreme vorgeht, queere Veranstaltungen und Orte schützt und allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Queere Politik ist für uns deshalb auch Politik für Freiheit, Respekt und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dafür braucht es eine Politik, die unsere gemeinsamen Werte miteinander vereint und bereit ist, diese Prinzipien auch konsequent durchzusetzen.

Wir sind davon überzeugt, dass die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU Mitte unsere gemeinsamen Ziele auch in der kommenden Wahlperiode vertreten und in konkrete Politik für alle Menschen in Mitte und Berlin umsetzen werden.

Deshalb steht die LSU Mitte bei der Abgeordnetenhauswahl am 20. September in Berlin geschlossen hinter den Kandidatinnen und Kandidaten der CDU Mitte.
(KS)



Die Parkbank in den Farben des Regenbogens als Denkmal an den Anschlag auf den CSD wurde kurz nach der Errichtung schwer beschädigt und zerstört

Mitte wird.

CDU

**Wer Mitte will,
muss Mitte wählen!**

**Am
20.09.2026
alle Stimmen
für die CDU**